Kleine Anfrage 441

des Abgeordneten Sven Hornauf (BSW-Fraktion)

an die Landesregierung

Sicherstellung der Betriebsbeschränkungen für Windräder

Das BVerwG hat mit Urte. v. 23.01.2025, 7 C 4.24, die Erweiterung von Windparks erleichtert und den rechtlichen Lärmschutz für entferntere Anwohner verschlechtert. Die Anwohner sollen nicht auf einer genauen Einhaltung nächtlicher Lärmwerte bestehen können. Vielmehr müssen die Behörden auch nachts einen regulären Betrieb zulassen, wenn die Zusatzbelastung (vermeintlich) gering ist. Der Klägerin, die Leistungseinbußen der WEA geltend machte, war eine Genehmigung zum Bau und Betrieb von drei weiteren Windrädern (zu 24 im Bestand) im Landkreis Prignitz erteilt worden. Eine Nebenbestimmung in der Genehmigung des LfU für die drei neuen Anlagen sah nachts einen von der jeweiligen Windgeschwindigkeit abhängigen „schallreduzierten Betriebsmodus“ vor.

Anders als noch das OVG Berlin-Brandenburg gab das BVerwG der Klägerin unter Verweis auf die maßgebliche Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) Recht. Diese sehe einen Schutz nur im unmittelbaren „Einwirkungsbereich“ einer Anlage vor. Hier seien die nächsten Wohnungen aber weiter entfernt. Zwar würden auch dort die nächtlichen Lärm-Grenzwerte schon durch die Altanlagen nahezu erreicht oder teils sogar überschritten. Dennoch gebe die TA Lärm (konkret Ziff. 2.2) dem Land keine Handhabe, den Nachtbetrieb zu beschränken, wenn wie hier die Zusatzbelastung „als irrelevant anzusehen ist“.

Die anstehende verwaltungsseitige Umsetzung dieser judikativen Vorgabe wird dazu führen, dass der bisher im Land angestrebte, oftmals aber schon unzureichende, Anliegerschutz weiter ausgehöhlt bzw. abgesenkt wird. Insbesondere im Falle von Bestandserweiterungen, deren WEA bereits die Lärm-Grenzwerte erreichen oder überschreiten, droht in Ansehung der Ausbauziele und der lfd. Regionalplanungen eine flächendeckende Verschlechterung des Schutzniveaus für die Anlieger. Faktisch läuft der angestrebte und für die Akzeptanz der Windenergie unerlässliche Lärmschutz damit leer.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beabsichtigt die Landesregierung, die Maßgaben dieses Urteils in der Verwaltungspraxis des LfU im Interesse der betroffenen Anlieger anzuwenden?
2. Beabsichtigt die Landesregierung, ggf. über den Weg des Bundesrates, durch eigene Initiative zu einer zielentsprechenden Änderung der TA Lärm und/oder einer Anpassung des BImSchG zu gelangen?

Eingegangen: 21.05.2025 / Ausgegeben: 22.05.2025

Das OVG Berlin-Brandenburg hatte sich zur Außerachtlassung von Nr. 2.2 TA Lärm und bei der Zugrundelegung anderer Schwellenwerte zur Bestimmung des Einwirkungsbereichs einer Anlage (wie etwa des 15 dB(A)-Kriteriums, das DIN 45691 zur Geräuschkontingentierung in der Bauleitplanung zugrunde liegt) mit Rücksicht auf die örtlichen Vorbelastungen auf die Hinweise der von der Umweltministerkonferenz getragenen Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI-Hinweise) zur Auslegung der TA Lärm (Stand 24. Februar 2023, S. 10) berufen. Das BVerwG hat die LAI-Hinweise allerdings rein formal nicht als ausreichende Grundlage für das Behördenhandeln angesehen. Zum Schutz der betroffenen Anlieger muss es also im Interesse des Landes liegen, das formale Hindernis einer fehlenden Verbindlichkeit der LAI-Hinweise zu beseitigen.

3. Welche Initiativen unternimmt die Landesregierung, die Hinweise der von der Umweltministerkonferenz getragenen Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI-Hinweise) zur Auslegung der TA Lärm verbindlich zu machen?